

An das
Bundesministerium für
Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
Stubenring 1
1010 Wien

Mit E-Mail: post.iv4_19@bmdw.gv.at

Geschäftszahl: 2020-0.299.176

BKA - V (Verfassungsdienst)
verfassungsdienst@bka.gv.at

Dr. Claudia DREXEL, BA
Sachbearbeiterin

Claudia.DREXEL@bka.gv.at
+43 1 531 15-643911
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte
unter Anführung der Geschäftszahl an
verfassungsdienst@bka.gv.at zu richten.

Ihr Zeichen: BMDW-96.115/0180-
IV/4/2019

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Maß- und Eichgesetz geändert
wird;
Begutachtung; Stellungnahme**

Zu dem übermittelten Gesetzesentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Es wird darauf hingewiesen, dass die Übereinstimmung des im Entwurf vorliegenden
Bundesgesetzes mit dem Recht der Europäischen Union vornehmlich vom do.
Bundesministerium zu beurteilen ist.

II. Inhaltliche Bemerkungen

Zu Z 7 (§ 37 Abs. 1):

In den Erläuterungen zum vorgeschlagenen § 37 Abs. 1 wird ausgeführt, dass mit dem
Entfall der gesetzlichen Eichpflicht für ein Messgerät die betreffende Ermächtigung einer
Eichstelle zur Eichung erlischt. Es wird angeregt zu prüfen, ob eine solche ausdrückliche
Anordnung auch in den Gesetzestext aufgenommen werden sollte.

III. Legistische und sprachliche Bemerkungen

Allgemeines:

Zu legistischen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse <https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html>¹ hingewiesen, unter der insbesondere die Legistischen Richtlinien 1990² zugänglich sind.

Zum Einleitungssatz:

Zusätzlich zur letzten formellen Novellierung des zu novellierenden Bundesgesetzes sollte auch die nachfolgende Änderung des Bundesministeriengesetzes (vgl. zuletzt BGBl. I Nr. 8/2020), angeführt werden. Gemäß dieser Novelle in Verbindung mit § 17 des Bundesministeriengesetzes 1986 gelten nämlich die in Bundesgesetzen enthaltenen Ressortbezeichnungen als geändert (vgl. sinngemäß Punkt 1.3.6. des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 1. März 2007, GZ [BKA-601.876/0006-V/2/2007](#)³, betreffend Bundesministeriengesetz-Novelle 2007; legistische Implikationen).

Nach Angabe der Fundstelle der letzten Novelle sollte ein Beistrich gesetzt werden.

Zu Z 6:

Die Novellierungsanordnung sollte präziser lauten:

In den §§ 18, 18a Abs. 1 und 2, 18b Abs. 2, 18c Abs. 1, 18e bis 18g, 21, 27, 28, 32 Abs. 1, 3 und 5, 35 Abs. 1, 4 und 8, 36 Abs. 3, 38 Abs. 8, 49 Abs. 8, 50, 53 Abs. 4 bis 6, 57 Abs. 1, 60, 62 Abs. 1 und 2 sowie 63 Abs. 2 wird jeweils die Wortfolge „Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft“ mitsamt dem vorstehenden Artikel durch die Wortfolge „Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort“ mitsamt dem vorstehenden Artikel in der jeweilig richtigen grammatikalischen Schreibweise ersetzt.

Zu Z 8 (§ 38 Abs. 10):

In der Novellierungsanordnung sollte das Wort „ersetzt“ ebenfalls kursiv gesetzt werden.

¹ Zur Aktivierung von Links (wie diesem) in PDF/A-Dokumenten vgl. https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung_in_PDF/A-Dokumenten.

² <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legri1990.pdf>

³ https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Erlaesse&Dokumentnummer=ERL_01_000_20070301_BKA_601_876_0006_V_2_2007

Zu Z 9 (§ 43 Abs. 2):

Die Novellierungsanordnung sollte besser lauten:

In § 43 Abs. 2 wird der Punkt am Ende der Z 4 durch einen Strichpunkt ersetzt und es wird folgende Z 5 angefügt:

Vor dem Wort „Abgabe“ sollte der bestimmte Artikel eingefügt werden.

Zu Z 16 (§ 72 Abs. 5):

Die Wortfolge „Normen und“ sollte entfallen, da sie nicht Teil des Titels der Verordnung (EU) 2015/1535 ist.

IV. Zur Textgegenüberstellung:

Die Textgegenüberstellung sollte noch auf Vollständigkeit geprüft werden; insbesondere sollten alle mit Z 6 verfügten Änderungen in der Ministerialbezeichnung auch in der Textgegenüberstellung aufscheinen.

Diese Stellungnahme wird im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates vom 6. Juli 1961 auch dem Präsidium des Nationalrates zur Kenntnis gebracht.

Wien, am 22. Juni 2020

Für die Bundesministerin für EU und Verfassung:

Mag. Dr. Albert POSCH, LL.M.

Elektronisch gefertigt